

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung
am Dienstag, **09.05.2006**, 17:10 Uhr,
Raum 2/1, Stadthaus 2, Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Frau RF Magdalene Gefroi, Herr RH Franziskus-Pius Graf von Merveldt, Herr Richard-Michael Halberstadt, Frau RF Eleonore Heyne, Herr Hubert Lenich, Herr RH Josef Messing, Frau RF Ursula Möllers, Herr RH Robert Otte, Frau RF Barbara Stober

von der SPD-Fraktion

Frau RF Beanka Ganser, Frau Anne Garbe, Herr Stephan Pohlkamp, Frau RF Anne Schulze Wintzler, Herr RH Joachim Tonn

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Frau Birgit Edler, Frau Brigitte Hasenjürgen, Frau Gisela Holtz, Frau RF Maria Klein-Schmeink

von der FDP-Fraktion

Herr RH Ulrich Eisenack

von der Fraktion UWG-MS/ödp

Frau RF Hannelore Wiesenack-Hauß

Beratende Mitglieder auf Vorschlag des Runden Tisches – Seniorinnen und Senioren in Münster

Frau Helga Hitze

Beratende Mitglieder auf Vorschlag der Kommission zur Förderung der Integration von Menschen mit Behinderungen

Frau Dr. Ursula Hoppe

Beratende Mitglieder auf Vorschlag des Ausländerbeirats

Herr Osman Öztürk (anwesend ab 17:50 Uhr)

von der Verwaltung

Frau Stadträtin Dr. Agnes Klein, Herr Herbert Berkemeier, Frau Rita Blank, Herr Jörg Espei, Herr Felix Graf von Plettenberg, Frau Dr. Christiane Kappenstein, Frau Doris Rüter, Herr Hermann Sandknop, Frau Beate Scholz, Frau Maria-Luise Schwering, Frau Helga Sonntag, Herr Michael Willamowski

Es fehlten

Herr RH Ali Atalan, Frau RF Brigitte von Schoenebeck, Herr Harald Wölter

Gäste:

Herr Uwe Brummerloh, Arbeitsgemeinschaft Münster

Schriftführerin:

Frau Barbara Hamisch

nichtöffentlicher Sitzungsteil Keiner

Tagesordnung:

1. Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder
2. Festsetzung der Tagesordnung
3. Eingänge und Mitteilungen
 - 3.1. Eingänge
 - 3.2. Mitteilungen
4. Bericht über die Aufgabenwahrnehmung der Arbeitsgemeinschaft Münster (AMS)
5. Fahrdienst für Menschen mit Behinderungen in Münster
6. Bericht zur aktuellen Situation im Bereich "Alleinstehende Wohnungslose und Familien in Wohnungsnotsituationen"
7. Arbeitsbericht des Gesundheitsamtes 2005
8. Verschiedenes

V/0188/2006
V

V/0256/2006
V

V/0307/2006
V

Punkt 1 der Tagesordnung**Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder**

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Herr Messing folgende Umbesetzung im Ausschuss bekannt:

Frau RF Brigitte von Schoenebeck wird als ordentliches Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL Nachfolgerin von Herrn RH Tim Rohleder (Ratsbeschluss vom 05.04.2006).

Punkt 2 der Tagesordnung**Festsetzung der Tagesordnung**

Frau Ganser schlug vor, die Beratung über den Arbeitsbericht des Gesundheitsamtes 2005 in die nächste Sitzung zu schieben. Die Mitglieder schlossen sich einstimmig diesem Vorschlag an. Die Tagesordnung wurde daraufhin einvernehmlich wie folgt festgesetzt:

Tagesordnung:

1. Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder
2. Festsetzung der Tagesordnung
3. Eingänge und Mitteilungen
 - 3.1. Eingänge
 - 3.2. Mitteilungen
4. Bericht über die Aufgabenwahrnehmung der Arbeitsgemeinschaft Münster (AMS)
5. Fahrdienst für Menschen mit Behinderungen in Münster
6. Bericht zur aktuellen Situation im Bereich "Alleinstehende Wohnungslose und Familien in Wohnungsnotsituationen"
7. Verschiedenes

V/0188/2006
V

V/0256/2006
V

Punkt 3 der Tagesordnung**Eingänge und Mitteilungen****Punkt 3.1 der Tagesordnung****Eingänge**

Keine

Punkt 3.2 der Tagesordnung**Mitteilungen**

- 3.2.1** Bezüglich der Anfrage von Frau Ganser zur Ausgleichsabgabe (vormals Fehlbelegungsabgabe) verwies Frau Stadträtin Dr. Klein auf das Schreiben des Amtes für Wohnungswesen vom 24.04.2006, das den Mitgliedern des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung übersandt worden war.
- 3.2.2** Frau Stadträtin Dr. Klein informierte über das von der Gesundheitskonferenz beschlossene erste gemeinsame Gesundheitsziel für die Stadt Münster „Tabakkonsum reduzieren in Münster bis 2010“ und über Einzelheiten und Hintergründe der dazu formulierten Handlungsempfehlungen.
- 3.2.3** Hinsichtlich der kinder- und jugendpsychiatrischen Pflichtversorgung in Münster berichtete Frau Stadträtin Dr. Klein, dass sie das in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung vom 04.04.2006 bereits angekündigte Schreiben an den Vorstand des Universitätsklinikums am 03.05.2006 abgesendet habe. In diesem Schreiben werde die Erwartung ausgesprochen, dass spätestens ab 01.07.2005 alle stationär behandlungsbedürftigen Kinder und Jugendlichen aus Münster - und vorrangig

alle psychiatrischen Notfälle im Kindes- und Jugendalter – im UKM behandelt werden.

Herr Dr. Siebertz vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW hat eine Ausfertigung des Schreibens zur Kenntnis erhalten.

Das Schreiben vom 03.05.2006 an den Vorstand des Universitätsklinikums ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt.

- 3.2.4** Herr Willamowski wies darauf hin, dass dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung im Rahmen der Finanzberichterstattung vierteljährlich Haushaltsansatzveränderungen (sog. Mittelumsetzungen) im freien Budget um mehr als 1/3 nachträglich in Listenform zur Kenntnis gegeben und begründet worden seien.

Auf Initiative des Rechnungsprüfungsausschusses seien die Fachämter ab dem Jahr 2006 verpflichtet worden, die zuständigen Fachausschüsse im Rahmen einer vierteljährlichen Finanzberichterstattung über die Entwicklung und Verschiebung von Ausgaben des vorab budgetierten Bereichs unter Angabe von Gründen zu unterrichten.

Wie bereits in der Vergangenheit werde das Sozialamt für den Ausschuss einen Bericht über die Einnahmen und Ausgaben erstellen, allerdings sowohl optimiert als auch komprimiert.

Da sich in der Vergangenheit gezeigt habe, dass ein Bericht nach dem 1. Quartal noch keine hinreichende Aussagekraft habe, werde der erste Bericht nach Abschluss des 2. Quartals vorgelegt.

Punkt 4 der Tagesordnung	Bericht über die Aufgabenwahrnehmung der Arbeitsgemeinschaft Münster (AMS)
---------------------------------	---

Frau Scholz, die Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft Münster, stellte Frau Helga Sonntag als Verwaltungsleiterin der Arbeitsgemeinschaft Münster vor.

Frau Scholz sowie Herr Brummerloh als stellvertretender Geschäftsführer informierten über die Entwicklung in den Bereichen Leistungsgewährung sowie Markt und Integration der Arbeitsgemeinschaft Münster.

Die Informationen sind in den Vermerken vom 04.05.2006 und 08.05.2006, die den Mitgliedern als Tischvorlagen zur Verfügung standen, sowie in dem Bericht „1 Jahr Arbeitsgemeinschaft Münster – Markt und Integration – Berichtswesen 2005“ zusammengefasst. Die drei genannten Unterlagen sind der Niederschrift als **Anlagen 2 – 4** beigelegt.

Frau Stadträtin Dr. Klein ergänzte die Ausführungen und berichtete über den Stand der Auseinandersetzung mit der Bundesagentur für Arbeit wegen des durch die Arbeitsgemeinschaft Münster überwiegend genutzten Software-Systems aKDn sozial (anstelle des Systems A2LL). Sie erläuterte, dass Herr Oberbürgermeister Dr. Tillmann Herrn Alt, Mitglied des Vorstandes der Agentur für Arbeit, angeschrieben und ihm mitgeteilt habe, dass die Stadt Münster bereit sei, auf die für die Stadt finanziell etwas ungünstigere Berechnungsweise (Horizontalberechnung) im System aKDn sozial umzustellen. Die Differenz solle auf dem Rechtsweg eingefordert werden.

Auch sei die Stadt Münster unter verschiedenen Voraussetzungen grundsätzlich bereit, auf das System A2LL umzustellen. Die wesentliche Bedingung sei, dass die Umstellungskosten von der Bundesagentur für Arbeit übernommen würden.

Bezüglich der Integration von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt machte Frau Stadträtin Dr.

Klein auf die 2. Münsteraner Jugendkonferenz aufmerksam, die am 02.05.2006 stattgefunden habe. Einen Ergebnisüberblick vermittelt **Anlage 5**.

Frau Stadträtin Dr. Klein sagte eine schriftliche Information über die Entwicklung der Bereiche Leistungsgewährung sowie Markt und Integration insbesondere angesichts der Auswirkungen der geplanten Änderungen des SGB II nach der Sommerpause zu.

Die Mitglieder des Ausschusses wurden von Frau Scholz ferner darüber informiert, dass das Fallmanagement für Alleinerziehende eingestellt werden musste, weil einerseits angesichts der Fallzahlsteigerungen das erfahrene Personal in der Leistungsgewährung eingesetzt werden musste und der Stellenbesetzungsstopp dadurch abgemildert werden konnte und andererseits schwierige Schnittstellen und Reibungsverluste zum Fallmanagement der Bundesagentur für Arbeit beseitigt werden konnten.

Frau Stadträtin Dr. Klein, Frau Scholz, Herr Brummerloh und Herr Willamowski beantworteten Fragen der Mitglieder.

Punkt 5 der Tagesordnung V/0188/2006

Fahrdienst für Menschen mit Behinderungen in Münster

Frau Rüter gab erläuternde Hinweise zur Vorlage, insbesondere zur Möglichkeit der Einbindung des öffentlichen Personennahverkehrs in den Fahrdienst für Menschen mit Behinderungen. Frau Stadträtin Dr. Klein und Frau Rüter beantworteten Nachfragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage einstimmig und empfahl dem Hauptausschuss und dem Rat:

Sachentscheidung:

1. Der Fahrdienst für Menschen mit Behinderungen wird ab dem 01.07.2006 nach Maßgabe der neu gefassten Richtlinien zur Förderung des Fahrdienstes für Menschen mit Behinderungen gefördert.
2. Auf der Grundlage der Richtlinien wird für die Nutzung des Fahrdienstes ab dem 01.07.2006 von den Nutzerinnen und Nutzern ein Betrag in Höhe von 5 € pro Fahrt erhoben, sofern die finanziellen Voraussetzungen für die Gewährung von Eingliederungshilfe für behinderte Menschen nach dem Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) nicht vorliegen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt,
 - auf der Grundlage der neugefassten Richtlinien eine auf ein Jahr befristete neue Leistungs-, Vergütungs- und Prüfungsvereinbarung mit dem Arbeiter-Samariter-Bund, Regionalverband Münster e.V. (ASB) abzuschließen,
 - ausgehend von der Entwicklung des Fahrdienstes ab 01.07.2006 vor Abschluss einer weiteren Vereinbarung mit dem ASB Möglichkeiten der Kostenreduzierung im Fahrdienst zu prüfen und mit dem ASB zu verhandeln und, soweit erforderlich, einen Beschluss des Rates herbeizuführen, sofern sich Änderungen bei den Rahmenbedingungen ergeben,
 - die Kommission zur Förderung der Integration von Menschen mit Behinderungen sowie den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung im Herbst 2006 über die Auswirkungen der Umsetzung der neuen Förderung zu informieren und

- der Kommission zur Förderung der Integration von Menschen mit Behinderungen sowie dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung bis Mitte 2008 einen Erfahrungsbericht über die Entwicklung des Fahrdienstes ab dem 01.07.2006 vorzulegen.

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0256/2006**

Bericht zur aktuellen Situation im Bereich "Alleinstehende Wohnungslose und Familien in Wohnungsnotsituationen"

Herr Willamowski führte kurz in das Thema ein. Frau Schwering fasste die wesentlichen Aussagen des Berichtes zusammen.

Frau Stadträtin Dr. Klein, Frau Schwering, Herr Willamowski und Herr Berkemeier beantworteten Fragen der Mitglieder. Herr Willamowski sagte zu, Kontakte zu Wohnungsgesellschaften aufzunehmen, um die besondere Problematik der Wohnungssuche für wohnungslose Menschen zu thematisieren und nach Möglichkeiten der Versorgung dieses Personenkreises mit Wohnraum zu suchen.

Bezüglich der aufsuchenden medizinischen Versorgung wohnungsloser Menschen wies Herr Willamowski darauf hin, dass diese in Münster in Zusammenarbeit mit der Bischof-Hermann-Stiftung mit einer Pflegekraft durchgeführt werde. Zukünftig solle das Rahmenkonzept zur Finanzierung Mobiler Dienste NW umgesetzt werden. Ein Drittel der Kosten für diese Maßnahme müsse aus städtischen Mitteln aufgebracht werden; diese stünden zur Verfügung, weil bisher bereits die Kosten für eine Pflegekraft bezuschusst worden seien. Ziel sei es, den Personenkreis in die Regelversorgung zu überführen, zumal die Mehrzahl der obdachlosen Menschen zu den Berechtigten nach dem SGB II gehörten und von daher pflichtversichert seien.

Nach ausführlicher Diskussion nahm der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Zum Punkt Verschiedenes wurden keine Themen benannt.

Ende der Sitzung: 18:53 Uhr

gez.
Josef Messing
Vorsitz

gez.
Barbara Hamisch
Schriftführerin